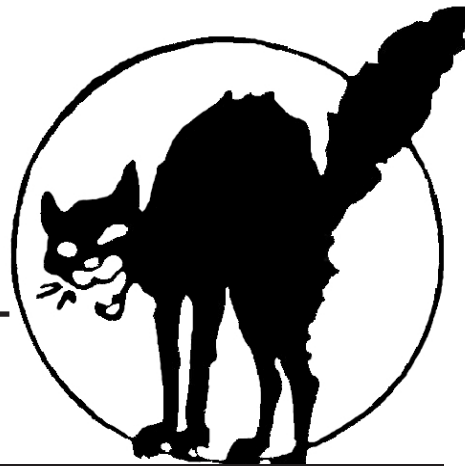


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Arbeitskampf bei der SDA

Der SDA droht wegen der Fusion mit Keystone die Kommerzialisierung z.B. in Form von Content Placement. Mit der Fusion sollen auch über 30 Stellen gestrichen und Dividenden ermöglicht werden. Die Belegschaft wehrt sich. Die Chefs weigern sich, ernsthaft zu verhandeln.



Bereits im Oktober 2017 wurde die Fusion der Bildagentur Keystone und der Schweizerischen Depeschagentur SDA bekanntgegeben. Doch erst Anfangs 2018 wurde bekannt, dass mit dieser Fusion auch ein massiver Stellenabbau stattfinden soll. Über 36 Vollzeitstellen sollen gestrichen werden, was einem Abbau von mehr als 20% entspricht.

Eine Fusion, die es in sich hat

Die SDA war an sich eine Not-for-Profit Organisation, welche in den Händen von Verlagen wie z.B. Tamedia ist. Diese kaufen bei der SDA Leistungen ein. Vor allem Meldungen, wozu die einzelnen Redaktionen nicht die Ressourcen haben. Die SDA verstand sich als unabhängiger Journalismus, teilweise abseits der Profitlogik. Es

wurde also nicht nur darüber berichtet, was sich gut verkauft, sondern auch darüber, was als demokratisch wichtig betrachtet wurde. Ausserdem ist sie regional verankert und kann so Nachrichten generieren, welche sich für die Redaktionen nicht „lohnen“, da die SDA im Gegensatz nicht nur für eine Zeitung schreibt. Doch mit der Fusion droht dieses Modell ins Wanken zu kommen. Denn die Keystone Bildagentur war nicht nur eine Tochterfirma der SDA, sondern auch profitorientiert. Das heisst, sie ist ihren Aktionär_innen Dividenden schuldig. Mit der Fusion übernimmt die neue SDA-Keystone die Profitorientierung. Und nebst den schweizer Verlagen kommt die österreichische APA neu als Mitbesitzer_in der SDA hinzu. Es wird vermutet, dass gerade die APA, welche

(weiter auf Seite 2)

März / April 2018

Nr. 51, 10. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Angriffe auf die Sozialversicherungen 3

Sparwut bei den Sozialversicherungen. Ein Abbau hat besonders für die Arbeiter_innen direkt negative Folgen.

Ich flexibilisier dir auch gleich Eine! 5

Das Ohnehin schlechte schweizer Arbeitsgesetz ist erneut unter Beschuss von Rechts: Längere Arbeitszeiten geplant.

„Mazedonien ist unser“ 6

Nationalist_innen in Griechenland gehen wegen dem Namen Mazedonien auf die Strasse. Besetztes Haus wurde angegriffen.

Repression und Spaltungsversuche in Basel 8

An der Demonstration gegen die Diktatur in der Türkei versuchte die Polizei zu spalten.

Türkische Invasion in Afrin 9

Türkei greift den demokratischen Kanton Afrin an. Der Krieg in Syrien steht erneut vor einer Eskalation.

Rubriken

Kultur 11
Rechtliches 12

Editorial

Das Jahr begann so ruhig, oder zumindest so ruhig wie es in Zeiten, Trumps, Putins, Erdogans und des allgemeinen Rechtsrutsches sein kann.

Doch Ende Januar brannte es gleich an mehreren Orten. Überraschend ergriff die Belegschaft der Schweizerischen Depeschagentur SDA den Streik und liess nicht locker gegen die Kommerzialisierung ihres Betriebs. Mittlerweile scheint sich der Arbeitskampf auch zu einer Stellvertreterin der ganzen Branche auszuweiten. Denn die Verlage (welche auch im Verwaltungsrat sitzen) sind seit Jahren auch planlos am Qualität und Stellen abbauen.

Mit dem Rechtsruck im Parlament sind auch die Errungenschaften der Arbeiter_innenbewegung immer unter Beschuss. Kein Wunder, denn die Bewegung hat seit dem Landesstreik vor 100 Jahren stetig an Macht verloren oder wurde von ihren „Vertreter_innen“ verraten. So erstaunt es nicht, dass täglich Angriffe auf die Sozialversicherungen stattfinden und das jetzt plötzlich die Höchstarbeitszeiten erhöht werden sollen. Einem solchen Angriff auf die Arbeiter_innen können wir nicht tatenlos zuschauen (siehe Seite 3 und 5).

Tatenlos zuschauen mussten die Besetzer_innen des Libertaria in Thessaloniki, als dieses unter Polizeischutz von Faschisten abgepackelt wurde. Aus einer Demo um den Namen Mazedonien heraus attackierten vor allem Hooligans besetzte Häuser. Nach anfänglichen Erfolgen der antifaschistischen Szene in Griechenland scheint sich das rechtsextreme Pack nun wieder auf die Strassen zu trauen (siehe Seite 6).

Währenddessen überfallen faschistische Banden unter Erdogan das revolutionäre Afrin in Syrien. Der Westen schweigt und beliefert gleichzeitig die Räuber_innen mit Waffen oder zerschlägt Solidaritätsbewegungen. Die Invasion reiht sich ein in neue Eskalationen in Syrien, was sich mittlerweile zu einem offenen Kriegsschauplatz der Grossmächte entwickelt. Eine Analyse findet ihr auf Seite 6 und 9.

*Siempre Antifa
eure FAU Bern*

Arbeitskampf bei SDA (von Seite 1)

vormals 50% der Keystone besass, auch von dem fusionierten Unternehmen gute Dividenden erwartet.

Spärliche Kommunikation nach unten

Schon im Dezember wendet sich die Redaktion an Geschäftsleitung und Verwaltungsrat. Sie äussert Ängste, dass die Fusion zu weniger unabhängigem Jour-



nalismus und Stellenabbau führen könnte. Die Chef_innen antworten jedoch nur spärlich. Nachdem es zuerst „nur“ zu einem Anstellungsstopp kommt, folgen am 8. Januar die ersten Kündigungen. Die Redaktion sieht sich in ihren anfänglichen Befürchtungen bestätigt. Die Geschäftsleitung bleibt auch im Konsultationsverfahren eher spärlich mit Informationen. Nachdem das gesetzliche Konsultationsverfahren vorbei ist, beschliesst die Belegschaft am 23. Januar einen dreistündigen Warnstreik durchzuführen. Doch die Geschäftsleitung um Markus Schwab bleibt stur. Dieser doppelt sogar nach und lässt gegenüber der NZZ verlauten, dass er nur den Aktionär_innen gegenüber eine Schuld habe. Dies stösst die Belegschaft noch weiter vor den Kopf und vergrössert den Graben zwischen den Journalist_innen und dem CEO, welcher eben kein Journalist ist. Ausserdem wird später bekannt, dass Schwab einen mehrjährigen Kündigungsschutz genießt. Ein Hohn gegenüber den kurzfristigen Entlassenen.

Beginn und Forderungen des Streiks

Am Abend des 29. Januars beschliesst die Vollversammlung der Belegschaft mit überwältigender Mehrheit, in den Streik zu treten. Gefordert werden unter ande-

rem eine Sistierung der Kündigungen, bis es eine klar ersichtliche Strategie für das zukünftige Unternehmen SDA-Keystone gebe, und dass die Sozialpläne der Entlassenen verbessert werden. Am Auffälligen ist jedoch die Forderung, nicht mit der Geschäftsleitung um Markus Schwab zu verhandeln, sondern direkt mit dem Verwaltungsrat, da sämtliches Vertrauen in den CEO verloren ist.

Vier Tage in der ganzen Schweiz

Was folgte, waren vier Tage des Streiks. Zuerst mit Demonstrationen und Vollversammlungen in Bern, danach in Zürich vor dem Tamedia-Gebäude und am Mittwoch vor der RTS. Erst am Donnerstag kommt es nach langer Funkstille des Verwaltungsrats zu einem Treffen. Dort forderte dieser das Ende des Streiks als Bedingung für Verhandlungen. Vorher könne es keine Verhandlungen geben. Am Freitag

entschied sich die Belegschaft den Streik zu sistieren und die Verhandlungen Mitte Februar abzuwarten.

Grosse Solidarität

Der Streik traf zweifelsohne einen wunden Punkt. Einerseits ist mit der No-Billag-Initiative die Diskussion um den Service Public – wozu die SDA bisher durch ihre regionale Berichterstattung über die Sprachgrenzen hinaus auch dazu gezählt wird – wieder angefangen. Andererseits sind die Zeitungen immer mehr in Bedrängnis und reagieren darauf mit Umstrukturierungen und Stellenabbau. Ein Gespenst geht um in der Medienbranche: Jenes des allzeitigen Qualitäts- und Stellenabbaus. Daher darf es nicht erstaunen, dass die Journi-Kolleg_innen bei diesem Arbeitskampf mit fiebern, da er auch stellvertretend für sie alle gilt und sie vom Streik betroffen waren. Denn nicht selten erscheint in den Zeitungen das Kürzel SDA unter einem Artikel.

Auch andere Bereiche der Gesellschaft solidarisierten sich, allen voran Politiker_innen von Links bis weit in die Mitte der bürgerlichen Parteien. Dass das Tessin und die Romandie mitmischen erstaunt nicht, da ihre Regionalberichterstattung sehr oft auf der nationalen Strecke bleibt, wenn Profitinteressen mitspielen.

Die Gefahr der Sistierung

Belegschaft und Gewerkschaften betuern zwar, dass der Streik nicht eingestellt, sondern lediglich unterbrochen sei. Doch es ist mehr als fraglich, ob ein Streik mit gleicher Intensität und Einigkeit wieder aufflammen könnte. Einerseits ist es wahrscheinlich, dass der VR versuchen wird, die Belegschaft mit teilweisen Zugeständnissen zu spalten. Andererseits bleibt auch abzuwarten, ob das kurzweilige Interesse der Medien an Themen eine erneute Thematisierung in den Medien zulässt. Zudem dauert die Geschichte nun schon einen Monat und es bleibt fraglich, wie viel Kraft die Belegschaft noch hat. Wie sich gezeigt hat, wurde ein wichtiges Kampfmittel aus der Hand gelegt.

Verhandlungen vorerst gescheitert

Die Verhandlungen zwischen Verwaltungsrat und Belegschaft begannen Mitte Februar. Mittlerweile sind die Verhandlungen vonseiten VR abgebrochen worden. Beide Seiten werfen sich mangelnde Kompromissbereitschaft vor. Der Verwaltungsrat stellt sich entschieden hinter den CEO Schwab und dessen Profitvor-

Journalismus-Strategie. Der VR ist nicht bereit, die Kündigungen zurückzuziehen und will jetzt in ein Schlichtungsverfahren einsteigen. Dies würde jedoch auch ein Streikverbot aufseiten der Belegschaft bedeuten. Die Bedingung für eine Schlichtung vonseiten Belegschaft ist die Sistierung der Kündigungen, sonst gebe es keinen ernsthaften Grund mehr, zu verhandeln. Die ersten Hoffnungen in den Verwaltungsrat scheinen jedoch nun enttäuscht, da sich dieser voll und ganz hinter den planlosen Abbau bei der SDA stellt. Und da die Mitglieder des Verwaltungsrats gleichzeitig die Kund_innen der SDA sind, welche sich über zu hohe Preise beschwerten, ist es klar dass sie sich auf die Seite des Arbeitsplatzvernichters Schwab stellen. Der Verwaltungsrat scheint vor allem eines verhindern zu wollen: Einen wei-

teren Streik. Denn der Arbeitskampf der SDA war auch ein Signalfeuer für die Medienbranche, welche sich mit stetigem Stellen- und Qualitätsabbau konfrontiert sieht. Es steht noch in den Sternen, ob die Belegschaft erfolgreich sein wird. Aber wer kämpft kann gewinnen. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Dies scheint auch den anderen Medienschaffenden langsam zu dämmern. Und genau davor fürchten sich die Verleger_innen.

FAT



Bitte an den Verhandlungstisch: Eine Aktion der Belegschaft während des Streiks vor der Tamedia, um gegen die Funkstille vonseiten Verwaltungsrat zu protestieren.

Angriffe auf Sozialversicherungen

Die Sozialversicherungen geraten immer wieder unter Beschuss durch die wirtschaftsliberale Sparwut. Ein Abbau hat für uns weniger Betuchte aber in jedem Fall direkt negative Folgen.

Der viel gebrauchte Begriff soziales Netz ist ziemlich genau, denn die Sozialversicherungen stehen nicht alle für sich allein, sie stützen sich gegenseitig, wie Häuser in einer mittelalterlichen Altstadt. Wenn dann eine Versicherung „gesund saniert“ werden soll, hat dies Effekte auf andere Kassen. Wenn zum Beispiel das Budget der Arbeitslosenversicherung gekürzt wird, verschwinden die Bezüger_innen nicht einfach, sondern verarmen entweder oder müssen auf eine andere Weise zu ihrem Existenzminimum kommen. Dies geschieht dann meistens über die Sozialhilfe. Oder wenn das Rentenalter erhöht wird, werden die Arbeiter_innen über 55 nicht einfach günstiger und mehr angestellt,

sondern die Altersarbeitslosigkeit wird grösser – statt mit 65 in die Rente werden mehr Arbeiter_innen dann arbeitslos und finden sich dann zwar nicht mehr im Budget der AHV, aber in demjenigen der Arbeitslosenkassen. Dazu kommen sehr wahrscheinlich noch andere Kosten: Wer ins Rentenalter kommt hat damit vielleicht auch zu kämpfen, aber wird doch meistens das Gefühl haben, dass dieser neue Lebensabschnitt wohlverdient ist – auch weil während dem ganzen Leben in die AHV und die Pensionskassen eingezahlt wurde – wer aber zum selben Zeitpunkt arbeitslos wird, hat wohl eher das Gefühl nicht mehr gebraucht zu werden oder gar nutzlos zu sein, was zu Depressionen führen kann, mit entsprechenden Folgekosten.

Rentenalter

Wer sagt, dass es plötzlich mehr Jobs geben wird für Menschen, die Mitte sechzig sind? Schon heute wird vielen Arbeiter_in-

nen über 55 nahe gelegt in Frühpension zu gehen oder sie werden knallhart auf die Strasse gestellt. Dies hat damit zu tun, dass Erfahrung und Know-How oft weniger geschätzt wird, als die eher grössere körperliche Leistungsfähigkeit und die deutlich tieferen Kosten¹ der jüngeren „Arbeitnehmer_innen“.

Die Altersarbeitslosigkeit ist schon heute ein Problem und quasi das Gegenstück zur Jugendarbeitslosigkeit – für die Bosse sind wir wohl nur zwischen 30 und 50 von Wert. Jede Erhöhung des Rentenalters wird das Problem verschärfen, vor allem in Branchen in denen die Anforderung an den Körper gross sind – und entsprechend

¹ Dass die Kosten der Jungen tiefer sind, liegt hauptsächlich an zwei Ursachen: Einerseits werden die vom Betrieb mitgetragenen Gesundheitskosten nicht gerade sozial durch das erwartete Leben geteilt, womit sie während dem Arbeitsleben gleich hoch bleiben. Mit 55 steigen die Abgaben etwa an. Andererseits steigen die Löhne mit der Erfahrung und zum Teil mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit an.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sozialversicherungen (von Seite 3)

auch die Abnutzungen. Wer kann es sich denn ernsthaft vorstellen nach 65 noch in der Pflege oder auf dem Bau zu arbeiten?

Sozialhilfe

Das entwürdigendste Sozialwerk ist die Sozialhilfe. Hier wird eine Sicherheit geschaffen, die jeglicher Sicherheit entbehrt: Das bezogene Geld muss zurück bezahlt werden und den Bezüger_innen wird auf mehr oder weniger offene Weise gesagt, dass sie „faule Schmarotzer_innen“ seien. Oft wird dabei verdrängt, dass die Sozialhilfe der Grund ist wieso es hier keine Slums gibt. Jede Kürzung in diesem Bereich hat verheerende Folgen, da sich den Menschen, die von der Sozialhilfe leben müssen, noch etwas weniger am sozialen Leben teilnehmen können. Und müssen sie bei Lebensmitteln, Kleidung und Heizkosten sparen, wird das ziemlich direkt höhere Ausgaben im Gesundheitssystem nach sich ziehen.

Invalidenversicherung

Auch bei der IV reiht sich Sparrunde an Sparrunde. Hier wird aber im Gegensatz zu Arbeitslosenkasse und Sozialhilfe unterschieden zwischen zwei Gruppen, die völlig anders angefasst werden: Bei den körperlich Behinderten wird nicht auf den grundsätzlichen Abbau hingearbeitet, zumindest nicht vordergründig. Bei den psychisch Behinderten sieht das ganz anders aus, hier wird in Frage gestellt, ob sie denn wirklich krank seien oder ob sie bloss simulierten. Das liegt nicht daran, dass eine körperliche Behinderung vor neoliberaler Sparwut schützt, sondern dass bei einem Menschen, dem ein Bein oder Arm fehlt, die Behinderung offensichtlich ist. Bei Depressionen oder Angstzuständen ist es dies für Aussenstehende oft nicht, weshalb das Prinzip teile und herrsche, welche bei Wahlen und Abstimmungen die genehmen Mehrheiten schaffen soll, hier besser greifen kann.

“Die Arbeit muss sich wieder lohnen“?

Das Wichtigste bei der Diskussion um die Sozialversicherungen ist, sie nicht allein als die entwürdigenden Bürokratiemonster, die sie sind zu betrachten, sondern auch als erkämpfte Absicherungen gegen das Siechtum der Armut. Genau deswegen

sind sie auch den Chefideolog_innen der Chef_innen ein Dorn im Auge: Auch wenn die Sozialwerke uns kein Leben in der sogenannten „sozialen Hängematte“ ermöglicht, so nehmen sie uns doch die Angst vor etwa dem Verhungern und der Obdachlosigkeit. Die neoliberalen Schlipsträger_innen denken nun, dass wir ohne zu murren länger und produktiver Arbeiten, wenn sie uns Angst machen, dass wir absteigen könnten und unten kein Sicherheitsnetz mehr vorfinden werden. Der Abbau bei der Sozialhilfe steht deswegen auch nicht allein, sondern muss im Zusammenhang mit anderen Mitteln der sogenannten „Effizienzsteigerung“ wie längere Arbeitszeiten, kürzere Pausen, tiefere Löhne und erhöhtes Arbeitstempo gesehen werden. Wenn die Arbeitsbedingungen zu schlecht werden und die Sozialwerke noch gut genug sind, sinkt die Motivation sich jeden



Tag zur Arbeit zu schleppen – vor allem in den Berufen, wo die Löhne erbärmlich tief sind; Die Sozialwerke kürzen, damit sie die verschlechterten Arbeitsbedingungen nicht konkurrieren, das ist denn auch die wahre Bedeutung des Satzes „Die Arbeit muss sich wieder lohnen.“

Die Sozialversicherungen sind der grösste Grund, wieso die schäbigen, von Seuchen heimgesuchten Armenviertel in den letzten hundert Jahren verschwunden sind, nicht die Eigenverantwortung und auch nicht irgendein heruntertröpfeln des Reichtums der Reichen: Wer weder Geld noch Beziehungen zu Reichen hat, kann noch so einen grossen Eifer, Arbeits- und Innovationswillen zeigen, er wird sich mit legalen Mitteln trotzdem nicht aus der Scheisse hocharbeiten können. Letzten Endes geht es bei der Debatte um die Sozialversicherungen darum, ob eine ‚ungehemmte‘ Wirtschaft mehr Wert hat als Menschenleben.

Alternativen?

Alternativen zu den staatlichen und kapitalistischen Vorsorgeinstitutionen zu schaffen wäre dringend nötig, doch das ist teilweise um einiges schwieriger als in anderen Bereichen, da ein enormer Kapital-, Material- und Arbeitsaufwand nötig ist, um beispielsweise eine menschenwürdige Pflegeeinrichtung zu schaffen.

Doch es gibt Ansätze, die in diese Richtung gehen. Beispielsweise sind Projekte einer gemeinsamen und geteilten Ökonomie im Idealfall eine Alternative zu einer Arbeitslosenkasse. Das funktioniert aber nur, solange nicht zu viele der involvierten Menschen ohne Einkommen sind oder wenn genügend Produkte selbst hergestellt und eingetauscht werden können, damit der Geldbedarf klein bleibt. Die Gefahr ist aber dass am längsten in diesen Projekten bleibt, wer sie zwingend nötig hat, also die Schlecht- und Wenigverdienenden, während die besser gestellten, sich ein angenehmeres Leben auch sonstwo verwirklichen können. Oder dass ein Machtgefälle zwischen denen mit höheren Löhnen und den anderen entsteht.

Auch Alters-WGs oder generationenübergreifende respektive inklusive

Wohnprojekte gehen in die Richtung einer Alternative zur AHV oder IV, aber auch hier stellt sich die Frage der Versorgung, vor allem wenn ein Grossteil der Beteiligten nicht arbeitsfähig ist.

Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass im hier und jetzt Leuchtturmprojekte möglich sind, die von Staat und Kapital möglichst unabhängig funktionieren, dies aber (noch) nicht für alle möglich ist.

Es lohnt sich deswegen die Sozialversicherungen – auch wenn sie fehlerbehaftet sind – als Errungenschaften zu verteidigen, wenn ein Abbau droht. Und es lohnt sich schon heute zu versuchen Alternativen aufzubauen, die sich der Kontrolle durch das Kapital so gut es geht verweigern. Auch damit an zukunftsweisenden egalitären Konzepten gefeilt werden kann.

smf

Ich flexibilisier dir auch gleich Eine!

Die Schweiz hat ein grottenschlechtes Arbeitsgesetz, doch den Herren und Damen von FDP, SVP und Gewerbeverband ist es noch nicht schlecht genug und lancieren deswegen einen Mehrfrontenangriff auf das Arbeitsgesetz.

Dass die SVP keine Partei der Bützer_innen ist, ist allgemein bekannt. Aber bei der Aussage von Jean-François Rime, Gewerbeverbandspräsident und Nationalrat dieser Partei, kann es nicht überhört werden: „Wollen wir (...) langfristig Arbeitsplätze sichern, muss das Arbeitsgesetz von unnötigen und veralteten Regulierungen entschlackt werden.“ Was er damit meint, ist: „Arbeite bis zum Umfallen, denn sonst verdien' ich an dir nicht mehr genug Geld

lanciert, welche die Arbeitszeiterfassung abschaffen, eine Jahres- statt der wöchentlichen Höchstarbeitszeit und kürzere Ruhezeiten fordern. Die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung gibt es in der Schweiz schon lange, aber erst seit einem Jahr wird sie verstärkt durchgesetzt. Die Umstellung von Wochen- auf Jahreshöchstarbeitszeit klingt harmlos, doch es kommt überhaupt nicht auf das selbe raus: Es kann bedeuten, dass du bei einem grossen Auftrag ein paar Wochen 12-Stunden-Tage stemmst und nachher mit 4-Studentagen kompensierst oder dass, wie teilweise schon jetzt in Branchen mit saisonalen Schwankungen wie dem Bau, Temporäre nur in den Zeiten mit langen Arbeitstagen eingestellt werden und dann wieder vor die Türe gestellt werden. Die kürzeren Ruhezeiten bedeuten, dass von dir

verlangt werden kann, dass du auch um 22 Uhr Mails checken musst und um 6 Uhr wieder beginnst. Wie soll da noch zur Ruhe gefunden werden? In die selbe Richtung zielt die Motion von Thierry Burkart: Er will die Arbeitszeiten im Homeoffice flexibilisieren, etwa indem die Arbeit zu Hause ohne Bewilligung auch Sonntags erledigt werden kann. Was bedeuten wird, dass du keine Er-

holungszeit mehr hast, da sie immer wieder von kleinen Tranchen Arbeitszeit durchzogen ist. Und du Sonntags erreichbar, verfügbar und produktiv sein musst.

Alles über 39h/Woche schadet dir

Es ist in der Forschung unumstritten, dass bereits tiefere Wochenarbeitszeiten gesundheitlich schädlich sind: „Alles über einer 39-Stunden-Woche kann Sie umbringen“, sagte etwa der Wirtschaftswissenschaftler Peter Flemming von der University of London gegenüber der „Welt“. Der durch die langen Arbeitszeiten und die mangelnde Erholung verursachte Stress führe laut Flemming zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen, aber auch zu psychischen Problemen. Weitere Folgen von Stress sind etwa Erschöpfungszustände, Burn-outs, Schlafstörungen und Reizbarkeit. Dass sich in der Schweiz viele Arbeiter_innen und Angestellte durch die Arbeit gestresst fühlen, zeigt eine Um-

frage der Zentralgewerkschaft Unia: Über zwei Drittel der Beschäftigten sind ihr zufolge Stress ausgesetzt.

Arbeitsplatz oder Gesundheit?

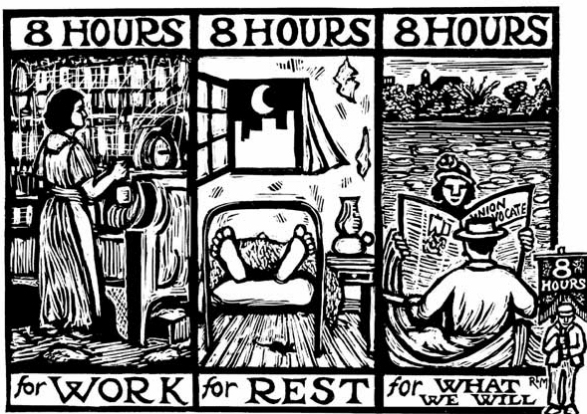
So wie es Rime, Bigler und die ganzen wirtschaftsliberalen Schmeissfliegen darstellen gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder alles abnicken, was von ihnen kommt oder ohne Arbeitsplatz dastehen. Also länger buckeln oder raus! Diese Dreistigkeit muss man sich mal vor Augen führen: Entweder arbeitest du länger für mich oder du brauchst gar nicht erst anfangen. Denn der Gott der Wirtschaft ist ein ganz heikles Wesen: wer ihm nicht bedingungslos huldigt, den lässt er nicht seinen erlösenden Hauch des Wirtschaftswachstums fühlen. So scheint es. Doch die Wirtschaft ist keine Religion. Die Wirtschaft ist auch nicht ein System, das nicht anders organisiert werden kann: In der Menschheitsgeschichte wurden schon verschiedene Wirtschaftssysteme durchgezogen. Wirtschaft ist schlicht und einfach Herstellung, Verteilung und Verbrauch von Waren und Dienstleistungen. Und das sollte doch wohl funktionieren, ohne dass wir uns dabei zu Krüppeln arbeiten. Vor allem da Effizienz und Produktivität ins schier Unermessliche gestiegen ist und ein Teil der Produktion gleich wieder im Müll landet.

Die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust wird vor allem von den Chef_innen und ihren Handlanger_innen kultiviert, damit wir nicht aufmucken und einen grösseren Anteil am Kuchen des wirtschaftlichen Erfolgs fordern. Oder die ganze Bäckerei...

Reduktion nicht Erhöhung!

Die Forderung nach dem Achtstundentag war eine der Hauptforderungen der Arbeiter_innenbewegung. Vor über 130 Jahren. In der Schweiz ist der Achtstundentag bis heute in keinem Kanton und in keiner Branche Wirklichkeit geworden. Und die 40-Stunden-Woche ist immer noch zu lang für unsere Gesundheit. Trotzen wir deshalb der Arroganz der gierigen Bosse und Chefs, opfern nicht unsere Gesundheit für ihre Profite und fordern radikale Verkürzungen der Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich!

smf



und stell' dich auf die Strasse!“

Anders ist es nicht zu verstehen, dass Rime, zusammen mit dem Direktor des Gewerbeverbands, dem FDP-Nationalrat und Arbeiter_innenhasser, Hans-Ulrich Bigler das eh schon schlechte und löchrige Arbeitsgesetz angreift: Statt wie bisher in manchen Branchen (Industrie, Büropersonal, technische und andere Angestellte, Verkaufspersonal in Grossbetrieben des Detailhandels) 45 Stunden, sollen generell 50 Stunden Höchstarbeitszeit gelten. Und das obwohl sich Arbeiter_innen in der Schweiz schon zeitlich länger auf der Arbeit abmühen, als in jedem anderen Land in Europa.

Gefahr aus der Laberbude

Aus dem Laufsteg der eitlen Geck_innen, dem Bundeshaus, droht auch Gefahr: mehrere Angriffe auf das Arbeitsgesetz sind dort im Gange: Karin-Keller Sutter und Konrad Graber haben parlamentarische Initiativen

„Mazedonien ist unser“

Zehntausende griechische Nationalist_innen haben in Thessaloníki und Athen für das exklusive Recht auf den Namen Mazedonien demonstriert. Im Zuge der Kundgebungen griffen Faschisten unter dem Geleitschutz der Polizei besetzte Häuser an. Das seit 2008 bestehende anarchistische Zentrum Libertatia in Thessaloníki wurde bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Eigentlich lief es für die antifaschistische Bewegung in Griechenland ganz gut. Die neonazistische Partei Chrysí Avgí verlor Mitglieder, ihre Umfragewerte stagnierten, überall im Land mussten Parteibüros geschlossen werden und ihre uniformierten Sturmtruppen waren kaum noch aktiv. All dies ist unter anderem den Aktivitäten der antifaschistischen Bewegung zu verdanken und bedeutet vor allem für Flüchtlinge und ausländisch oder links aussehende Menschen eine enorme Erleichterung und ein spürbar besseres Sicherheitsgefühl im Alltag. Vielen der bei Chrysí Avgí organisierten Neonazis droht zudem eine Haftstrafe und es scheint momentan nicht völlig ausgeschlossen, dass die Partei als kriminelle Vereinigung verboten wird. Seit April 2015 läuft in Athen der zentrale Prozess gegen insgesamt 69 Mitglieder von Chrysí Avgí. Die angeklagten Nazis werden für zahlreiche Überfälle auf anarchistische Zentren und linke Kneipen, auf Migrant_innen, links aussehende Jugendliche, Gewerkschafter_innen, und für mehrere schwere Körperverletzungen sowie zwei Morde verantwortlich gemacht. Dem an dem pakistanischen Arbeiter Sachzat Loukman im Januar 2013 und dem an dem antifaschistischen Rapper Pávlos Fýssas im September 2013. Ohne den auf die Morde folgenden antifaschistischen Aufstand und die militanten Massenproteste hätte diese Strafverfolgung bis heute nicht begonnen. „Tatsächlich war es erst die große öffentliche Empörung, die den Staat dazu zwang, die jahrelange Straffreiheit für Chrysí Avgí zu beenden“, betont Thanásis Kavagiánnis, einer der Anwälte der Zivilkläger_innen. Während sich also zumindest Teile der Justiz bemühen zur Aufklärung der von den Neonazis begangenen

Verbrechen beizutragen, bleiben sich die Massenmedien treu. Vor allem die großen privaten Fernsehsender, die Chrysí Avgí zwischen 2009 und 2014 massiv gepusht hatten, verfolgen den Prozess kaum. Das die wichtigen Informationen dennoch den Weg an eine breitere Öffentlichkeit finden, ist auch der Initiative „Golden Dawn Watch“ zu verdanken. Deren Mitarbeiter_innen protokollieren täglich das Verfahren und stellen die Mitschriften ins Netz. „Je mehr Öffentlichkeit der Prozess erfährt, desto klarer wird die Rolle von Chrysí Avgí“, unterstreicht Elisabeth, die ehrenamtlich bei der Initiative mitmacht. Auch die genossenschaftliche Tageszeitung *Efimerida ton Syntaktón* berichtet ausführlich über den Prozess.

Die Mazedonienfrage

Seit Ende Dezember 2017 nach mehrjähriger Pause in New York erneut Verhandlungen über die Lösung des Namensstreits zwischen Griechenland und Mazedonien aufgenommen wurden, mobilisieren griechische Nationalist_innen mit aller Kraft gegen jegliches Zugeständnis an das Nachbarland. Einigen der selbsternannten Patriot_innen geht es dabei tatsächlich um den Namen Mazedonien. Andere, wie die Strateg_innen der größten Opositionspartei Nέα Dimokratía, wittern die Chance durch Massenmobilisierungen die verhasste Syriza – Regierung zu stürzen. Im Windschatten ihrer nationalistischen Mobilisierungen kommen auch die faschistischen und neonazistischen Organisationen erneut aus ihren Löchern. Der Streit schwelt seit 1991, als die ehemalige jugoslawische Teilrepublik ihre Unabhängigkeit erklärte und den Namen Republik Mazedonien wählte. Die verschiedenen Regierungen in Athen blockieren seitdem

den Beginn von EU-Beitrittsgesprächen und seit 2008 die Nato-Mitgliedschaft des Nachbarlands, dass bei den Vereinten Nationen als „Former Yugoslav Republic of Macedonia“ (FYROM) geführt wird. Aus Sicht Griechenlands ist der Name Mazedonien Teil des griechischen Nationalerbes. Laut Medienberichten hatte der UN-Sonderbeauftragte Matthew Nimetz



Unter den Demonstrierenden befindet sich auch die neo-faschistische Chrysí Avgí (Fahne Rechts).

bei den Gesprächen in New York fünf Namensvorschläge unterbreitet, die alle das Wort Mazedonien enthalten sollen, unter anderem „Nord-Mazedonien“ und „Neu-Mazedonien“. Nimetz gab sich optimistisch, da beide Seiten an einer Lösung interessiert seien. Der griechische Regierungschef Aléxis Tsípras erklärte gegenüber der Athener Tageszeitung *Ethnos* vom 20.01., es sei „nicht unlogisch“, dass der Begriff „Mazedonien, mit einem geografischen oder zeitlichen Zusatz“ im neuen Namen enthalten sein könnte. Auch die Regierungsübernahme seines Amtskollegen Zoran Zaev in Skopje im Mai 2017 wurde international allgemein positiv für eine Lösung gewertet. Im Gegensatz zu Vorgänger Nikola Gruevski gab sich Zaev von Beginn an offen für Kompromisse, nicht zuletzt weil viele seiner Wähler_innen hoffen, mit einem NATO-Beitritt die schlechte Wirtschaftslage des Landes zu verbessern. Beim erstmaligen Zusammentreffen der beiden Regierungschefs auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 23.01. sagte Zaev als Zeichen des guten Willens die Umbenennung des Flughafens und der

wichtigsten Autobahn in Skopje zu. Beide waren nach dem blockierten Nato-Beitritt 2008 von Vorgänger Gruevski auf den Namen "Alexander der Große" umgetauft worden. Der Makedone Alexander der Große gilt in Griechenland als Nationalheld. Tsipras erklärte im Gegenzug, man werde nicht nur den Namensstreit lösen, sondern auch „stabile und freundschaftliche Beziehungen“ aufbauen.

Den griechischen Nationalist_innen des geht jeder Kompromiss zu weit. „Mazedonien ist griechisch“, „Mazedonien wird immer griechisch sein“, „nur wir sind wahre Mazedonier“, skandierte die aus allen Teilen des Landes mit Bussen angereiste Menschenmenge am 21. Januar 2018. Zur Kundgebung vor der Statue Alexander des Großen an der Strandpromenade Thessaloníkis, hatten nationalistische und rechtsextreme Organisationen, die nazistische Partei Chrysí Avgí und große Teile des orthodoxen Klerus aufgerufen. Die Polizei sprach von 90.000, die Veranstalter von 300.000 Teilnehmenden. So viele waren es nicht, dennoch es war die größte Demonstration in Thessaloníki seit 1992, als zum gleichen Thema fast eine Million Menschen in einem wahrhaft nationalistischen Delirium die Stadt überschwemmten. Thessaloníki steht im Namensstreit zwischen Athen und Skopje an exponierter Stelle, weil es die Hauptstadt der Region Makedonia ist, die große Teile Nordgriechenlands umfasst.

Der als Hardliner und Fan von Chrysí Avgí bekannte Metropolit von Thessaloníki Ánthimos hatte mit einem Gottesdienst zur Kundgebung mobilisiert, und stellte unmissverständlich klar: „Mazedonien ist Griechenland und Griechenland ist Mazedonien.“ Wassílis Levéntis, Vorsitzender der im Parlament vertretenen Zentrumsunion, sprach von „Verrat“, sollte die griechische Regierung der Benutzung des Begriffs Mazedonien zustimmen. Die Nazis von Chrysí Avgí witterten „Volksverrat“ und waren mit uniformierten Sturmtruppen vor Ort. Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei Néa Dimokratía, Kyriákos Mitsotákis, betonte er werde „unnachgiebig sein“, wenn es um die Nutzung des Begriffes Mazedonien für die FYROM gehe. Auch der christlich-nationalistische Juniorpartner der Regierungspartei Syriza, die Unabhängigen Griechen (ANEL), waren mit viel Fußvolk und der Staatssekretärin im

Innenministerium für die Angelegenheiten Mazedoniens-Thrakiens, Maria Kóllias-Tsaroucha, vertreten. Zu Beginn und zum Ende der Kundgebung sangen alle voll Inbrunst die griechische Nationalhymne.

Neonazis greifen besetzte Häuser an

Schon kurz vor Beginn der Kundgebung um 14 Uhr, zogen Horden organisierter Faschisten durch Thessaloníki. Mit Steinen, Leuchtspurmunition und Molotowcocktails griff eine Gruppe von 60-80 Personen das seit 2010 besetzte soziale Zentrum *Schule zum Erlernen der Freiheit* an. Nachdem sie von dort vertrieben werden konnten zogen sie zu der seit 2008 bestehenden anarchistischen Besetzung *Libertatia*. Auch dort konnte der Angriff von den Besetzer_innen abgewehrt werden. In beiden Fällen beschränkten sich die MAT-Sondereinheitkommandos der Polizei darauf, den Angreifern den sicheren Rückzug zu gewährleisten. Während die nationalistische Kundgebung lief, versuchten etwa 150 verummte Hooligans die Polizeiabsperrungen zu sprengen und die antifaschistische Demonstration am zentralen Platz Kamára anzugreifen. Ungefähr eine Stunde später, nach dem Ende der Kundgebung, zogen ca. 100 verummte Nazis erneut zum anarchistischen Zentrum *Libertatia* und zündeten das nun ungeschützte Haus an. Das neoklassizistische Gebäude brannte mitsamt seiner großen Bibliothek bis auf die Grundmauern ab. Die vor Ort befindlichen Polizeikräfte beobachteten den Angriff, griffen jedoch nicht ein. Es gab keine Festnahmen. Einem mitgeführten Transparent nach zu urteilen, handelte es sich bei einem Teil der Brandstifter um Hooligans des Fanclubs Makedónes, nationalistische Anhänger des Fußballclubs PAOK Thessaloníki. Die Besetzer_innen befanden sich zu dieser Zeit auf der antifaschistischen Kundgebung. „Die Angriffe und die Brandstiftung

hätten ohne den Schutz der Mazedonien-Kundgebung nie geschehen können. Dort sind sie hin, von dort kamen sie zurück. Alle rechtsradikalen und neonazistischen Gruppen haben dazu aufgerufen, doch niemand hat sich daran gestört, womit ihnen gesellschaftliche Legitimität verliehen und öffentlicher Raum für Wort und Tat zur Verfügung gestellt wurde“, heißt es in einer Erklärung von *Libertatia*.

Die antifaschistische Solidaritätsdemo für das Projekt mit 2500 Menschen am folgenden Abend, wurde von der Polizei mit Tränengas und Blendschockgranaten angegriffen. Bei den folgenden Auseinandersetzungen gab es viele Verletzte, fünf Menschen wurden verhaftet und erst nach fünf Tagen aus der Haft entlassen. Keine der im Parlament vertretenen Parteien verurteilte die Brandstiftung und keiner der großen



Das brennende Zentrum *Libertaria* in Thessaloníki.

privaten Fernsehsender berichtete darüber.

Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren

In den folgenden zwei Wochen bis zur nächsten Mazedonien – Großkundgebung auf dem Athener Síntagma - Platz, steigerte sich die "patriotische" Propaganda der großen Fernsehkanäle, Radiostationen und Tageszeitungen zur Hysterie. Das nationalistische Delirium der Massenmedien nahm Formen der Selbsthypnose an, so dass im Vorfeld von bis zu einer Million Teilnehmer_innen ausgegangen wurde. Als dann am 4. Februar tatsächlich nur etwa 120.000 Nationalist_innen erschienen, wurde dies allgemein als Niederlage der versammelten Rech-

(Fortsetzung auf Seite 8)

Mazedonien ist unser (von Seite 7)

ten, Christ_innen, Nazis und Reaktionäre gewertet. Wie in Thessaloniki, versuchten Nazis und Hooligans erneut im Umfeld der Kundgebung besetzte Häuser anzugreifen. Das seit 2011 besetzte selbstverwaltete Theater Empros wurde mit Molotowcocktails angegriffen, die Angreifer jedoch ohne größere Probleme vertrieben. Nach der bitteren Erfahrung von Thessaloniki hatten antifaschistische und anarchistische Gruppen schon im Vorfeld mit Motorradkonvois, Stadtteilspaziergängen, nächtlichen Patrouillen und Demonstra-

tionen zur Wachsamkeit aufgerufen. Alle linksradikalen Treffpunkte, anarchistischen Zentren, besetzten Häuser, Kollektive und Szenekneipen wurden rund um die Uhr geschützt. Da uniformierte und nicht uniformierte Nazis auch in naher Zukunft gemeinsam gegen besetzte Häuser und Zentren vorgehen werden, wird dieser antifaschistische Selbstschutz noch auf längere Zeit geboten sein.

Ein Denkmal demontiert sich selbst

Als Hauptredner der nationalistischen Kundgebung in Athen trat der berühm-

teste Komponist Griechenlands, Mikis Theodorákis, auf. Der während der faschistischen Diktatur inhaftierte, und sich selbst als „patriotischen Internationalisten“ bezeichnende 93-jährige, verstieg sich, Bezug nehmend auf die Mazedonien-Politik der Tsipras-Regierung, zu der von den anwesenden Reaktionär_innen umjubelten Aussage, „den Faschismus (...) in seiner gefährlichsten Form, nämlich der des linken Faschismus“, zu lassen und zu bekämpfen.

Ralf Dreis, FAU-Frankfurt

Repression und Spaltungsversuche in Basel



Über 4000 Menschen demonstrieren friedlich am 3. Februar in Basel gegen die Diktatur in der Türkei und die Invasion Afrins. Die Polizei fährt ein Grossaufgebot auf und versucht die kurdisch-türkische Widerstandsbewegung und die lokale linksradikale Bewegung durch Lügen und Repression zu spalten.

Die Demonstration richtete sich gegen die Diktatur in der Türkei und die Invasion des demokratischen Gebiet Afrins in Syrien Ende Januar (Mehr Details zu Afrin und der Invasion findest du auf den nächsten Seiten im Artikel *Türkische Invasion in Afrin*).

Die Basler Polizei war mit einem Anti-Aufstandsaufgebot vor Ort: Die Polizei war verummmt, mit mehreren Gummi-

schrot- und Tränengasgewehren an der Route präsent. Schon vor der Demonstration wurden einerseits Sozialist_innen aus der Türkei verhaftet. Andererseits kam es Stunden vorher zu einer Razzia in den Räumen des revolutionären Aufbaus. Dabei wurden 3 Personen verhaftet und das Fronttransparent beschlagnahmt.

„Zwei Demonstrationen“?!

Weiter kam es zu Kontrollen auf dem Claraplatz. Die Begründung der Polizei: Die Versammlung auf dem Claraplatz sei unbewilligt, die Versammlung im Clarapark hingegen schon. Es handelte sich jedoch um zwei Mobilisierungen für ein und dieselbe Demonstration! Ausserdem wurde den Kontrollierten weisgemacht, das OK der Demonstration wolle keine

„Schweizer_innen“. Diese absichtliche Falschinformation der Polizei wurde vom OK noch an der Demo widerlegt, wie auch die Lüge, dass es sich um zwei Demos gehandelt habe. Insgesamt wurden 36 Menschen in Gewahrsam genommen.

Lasst euch nicht spalten!

Es ist kein Geheimnis, was die Basler Polizei versucht, hier abzuwehren: Zu verhindern, dass sich die „lokalen“ Aktivist_innen mit der kurdischen und türkischen Opposition in der Schweiz zusammenschließen bzw. sich mit dem Widerstand gegen Erdogan solidarisieren. Sie versucht einen Keil zwischen die Bewegungen zu treiben und droht beiden mit massiver Repression im Falle einer Zusammenarbeit. Die friedliche, aber äusserst kämpferische Demo wurde daher auch mit einem massiven Aufgebot begleitet, welches eine bedrohliche Stimmung aufbaute und zum Ziel hatte, alle Teilnehmenden einzuschüchtern und als kriminell darzustellen. Es ist unverantwortlich, vom Krieg Geschädigte und Traumatisierte mit einem kriegsähnlichen Aufgebot zu begegnen.

Die FAU Bern verurteilt diese Aktion der Basler Polizei aufs schärfste! Wir fordern alle Menschen dazu auf, sich gegen das Terrorregime Erdogans auszusprechen und sich mit dem Widerstand dagegen und der Revolution in Rojava zu solidarisieren. Lasst euch nicht spalten!

Türkische Invasion in Afrin

Der Kanton Afrin in Rojava/Syrien wird seit dem 20. Januar von der Türkei angegriffen. Unter anderem leisten die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ (Yekîneyên Parastina Gel und Yekîneyên Parastina Jin) Widerstand. Der Westen schaut nicht nur weg, sondern beliefert die Mörder_innen unter Erdogans Führung auch noch mit Waffen. Es bahnt sich ein Konflikt zwischen Erdogan und Assad an.

Es ist kein Geheimnis, dass Erdogan und seine AKP in der Türkei schon lange von ihrem kurzzeitigen Weg der Friedensverhandlungen mit der kurdischen Autonomiebewegung abgekommen sind. Nach dem gescheiterten Putschversuch 2016 hatte der Präsident Recep Tayyip Erdogan nicht nur die Repression gegen die türkische Opposition verstärkt, sondern auch den Genozid gegen die Kurd_innen in Nordkurdistan¹ intensiviert. Die türkische Regierung hat ausserdem schon seit längerem die Arbeiter_innenpartei Kurdistans PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê) als terroristische Organisation eingestuft. Sämtliche kritische Stimmen in der Türkei werden unterdessen als Unterstützer_innen der PKK abgestempelt und brutalster Repression ausgesetzt.

Warum Afrin?

Die türkische Regierung unterstützt sunnitische Rebell_innen in Syrien, unter anderem auch den IS bzw. DAESH². Die Türkei hatte schon seit längerem auch direkt in den Konflikt eingegriffen. Zuerst mit Bombardements kurdischer Stellungen, dann mit der Operation Schutzschild Euphrat im Sommer 2016 bis März 2017, wo die Türkei zusammen mit Rebell_innen Gebiete um die Stadt Dscharabulus bis runter nach Al-Bab einnahmen, welche östlich von Afrin liegt und somit eine Barriere zu den restlichen Gebieten Rojavas bildet. Afrin war bis dahin

¹ Nordkurdistan ist ein Gebiet im südöstlichen Teil der Türkei. Das Gebiet Kurdistan erstreckt sich über das Staatsgebiet der Türkei und jenes des Irak, Iran und Syrien.

² DAESH ist der arabische Name des Islamischen Staates im Irak und Syrien. Daesh klingt im arabischen ähnlich wie „Jemand, der Zwietracht säht“ oder „jemanden zertretet“. Daher ist der Name DAESH nicht nur verpönt im Gebiet des islamischen Staates, sondern sogar unter Strafe.

grösstenteils von den Kämpfen verschont geblieben.

Dies änderte sich am 21. Januar, als die Türkei die Operation „Olivenzweig“ startete und die Grenze zu Afrin überquerte. Unterstützt wird sie vom islamistischen und von der Türkei unterstützten Flügel der „Freien“ Syrischen Armee FSA, welche in Opposition zu Syriens Regime unter Bashar al-Assad steht. Begründet wird die Invasion damit, dass die YPG von Erdogan als verlängerten Arm der PKK und somit als terroristisch angesehen wird. Tatsächlich versucht Erdogan zwei Fliegen mit einer



Kämpferinnen der kurdischen Frauenverteidigungseinheiten YPJ.

Klappe zu schlagen: Einerseits will er die kurdische Bewegung in Syrien schwächen. Die YPG hat durch ihre Kämpfe gegen den IS nicht nur Waffen erbeutet, sondern wurde von der Anti-IS-Koalition unter der USA mit Waffen beliefert und ausgebildet. Zudem sind die eroberten Gebiete immer noch unter Kontrolle der YPG bzw. der SDF. Die in diesen Gebieten erreichte Demokratisierung sucht in der Gegend, vielleicht sogar weltweit, seinesgleichen, besonders wenn man die ungünstigen Rahmenbedingungen einbezieht³. Diese stellen dabei einen krassen Kontrast zur Diktatur Erdogans dar und bedrohen das Bild der Kurd_innen als Terrorist_innen. Ein Bild das Erdogan dringend für seine Innen- und Aussenpolitik braucht. Andererseits versucht Erdogan mit Afrin auch Fluch und Segen seiner Aussenpolitik abzumildern: Der Flüchtlingsdeal mit dem

³ Bisher streben die Kräfte der SDF noch keine Unabhängigkeit von Syrien an, jedoch eine demokratische Reformierung des Landes. Ob die Loslösung von Syrien später noch kommt, bleibt jedoch ungewiss. Vor allem da Assad durch seine Kriegsverbrechen gegen Zivilist_innen eher auf Repression statt Teilhabe setzt und das Regime die dominierende Kraft ist.

Westen hat ihm nicht nur viel Geld, sondern auch eine Geisel in den Beziehungen vor allem gegenüber der EU gegeben: Drückt ein Auge zu oder ich lasse die syrischen Flüchtlingsströme auf euch los, so seine Drohung⁴. Doch die schiere Masse an geflüchteten – 2016 waren es ca. 2,5 Millionen, obschon die Camps nur für 200'000 ausgelegt waren – überlastet auch die Türkei. So hat Erdogan offen kundgetan, dass er Afrin bei einer Eroberung in eine Art Flüchtlingscamp in Syrien selbst umbauen will, um die Türkei zu entlasten.

Grossmachtgeplänkel

Ermöglicht wurde die Invasion auch durch die am syrischen Bürger_innenkrieg beteiligten Grossmächte: Einerseits hat Russland sämtliche Truppen aus Afrin abgezogen und die Flugverbotszone aufgehoben. Dies erstaunt nicht wenig,

da sich die beiden Nationen Syrien und Türkei eher feindlich gesinnt sind und Russland eigentlich auf Assads Seite steht. Doch scheint es eine allmähliche Annäherung zwischen Putin und Erdogan zu geben.

Andererseits haben die NATO-Staaten nichts unternommen, den Alleingang ihres Mitglieds Türkei zu unterbinden oder gar zu verurteilen. Afrin stellte keine unmittelbare Bedrohung der Türkei dar und als weitgehend vom Krieg verschontes Gebiet konnte dieser Einsatz auch nicht als „humanitäre Mission“ getarnt werden. Und nun stehen die Verteidigungseinheiten mit US-Waffen und Ausbildung einer schwerer Bewaffneten und besser ausgebildeten Armee gegenüber, welche ebenfalls mit westlichen Waffen auf sie schießt. Zum Beispiel wird auch der deutsche Tigerpanzer von der Türkei eingesetzt.

⁴ Die funktioniert auch. Denn sowohl Frankreich wie auch Deutschland haben die als PKK terroristische Organisationen eingestuft und Bilder von Öcalan und die Flaggen der YPG/YPJ verboten.

(Fortsetzung auf Seite 10)

Widerstand und Massaker

Der Widerstand in Afrin setzt sich grösstenteils aus der lokalen Bevölkerung rund um die *demokratischen Kräfte Syriens* SDF zusammen. Dazu zählen sich viele der lokalen Milizen, unter anderem aus der arabischen, assyrischen und kurdischen Bevölkerung. Die SDF wird zwar von der YPG dominiert, sieht sich jedoch als Kampfverband für ein demokratisch-föderalistisches und säkulares Syrien. Dies zeigt sich auch abseits des Schlachtfeldes: Denn in den Kantonen Rojawas, einer davon ist Afrin, wird gleichzeitig versucht, ein föderalistisches System aufzubauen: Von den kleinsten Dorfeinheiten bis zur Kantonsregierung, Von Unten nach Oben und durch alle Bevölkerungsschichten hindurch. Auch wird versucht, sehr fortschrittliche soziale Reformen durchzuführen. Besonders die kurdische Bewegung sticht dabei durch einen sehr emanzipativen Ansatz hervor, welcher zu einem Grossteil auf ihren geistigen Führer Abdullah Öcalan zurückgeht. So gibt es nicht nur Akademien für Frauen, sondern eben militärisch auch die YPJ, die Frauenverteidigungseinheiten. Dass Frauen so explizit ins Frontgeschehen einbezogen werden ist – zumindest aus Sicht der westlichen Geschichtsschreibung – in der Kriegsgeschichte eine Rarität.

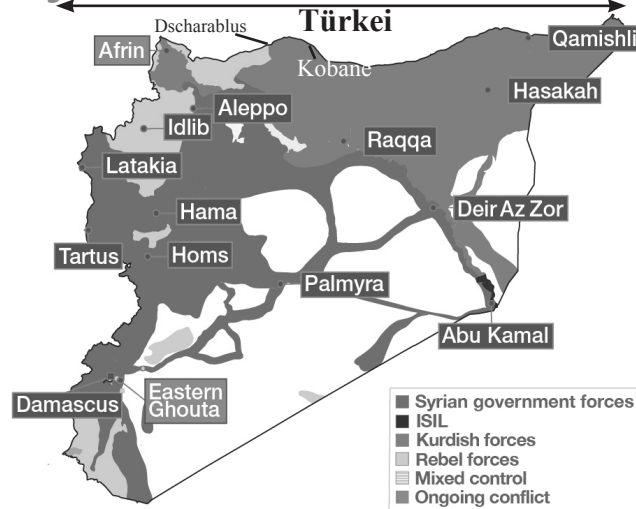
Die Widerstandstruppen in Afrin sehen sich nun fast auf sich allein gestellt mit einer ausrüstungsmässig überlegenen Armee konfrontiert und von den türkischen FSA-Milizen flankiert. Zwar werden zum Beispiel auf der PKK-nahen Nachrichtenseite Ajansa Nûçeyan a Firatê ANF täglich über zerstörte Panzer, Guerilla-Angriffe und getötete Milizen und Soldat_innen der Türkei berichtet, aber es zeigt sich auch, dass der Invasion bereits unzählige Zivilist_innen zum Opfer fielen. Falls die Stadt Afrin – so wie von Erdogan angekündet – eingekesselt werden sollte, könnten die zivilen Opferzahlen nochmals massiv ansteigen. Ausserdem berichtet Human Rights Watch, dass die türkischen Grenzwächter_innen auf Flüchtlinge an der Grenze schiessen, welche von Afrin oder Idlib kommen. Der Vormarsch der Türkei wurde durch diesen entschlossenen Widerstand zwar gebremst, doch hat die Türkei und ihre Verbündeten bereits grosse Gebietsgewinne gemacht.

Unheilige Allianz aus reiner Not

Während es direkte Kämpfe mit der syrischen Regierung eher weniger gab, sind die SDF nicht gerade beste Freund_innen mit Assads Truppen. Umso erstaunlicher ist es, dass die syrische Regierung nun – in Absprache mit der SDF – Truppen nach Afrin schickt und somit eine direkte Konfrontation mit der Türkei riskiert. Bisher handelt es sich jedoch nicht um reguläre Truppen, sondern nur um pro-Regime-Milizen. Dies mag als eine höchst unheilige Allianz gelten, da sich Assads Truppen und loyale Milizen schon mancher Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben. Aktuell wurden bei einem Angriff auf die eingekesselte Rebell_innen-Stadt Ost-Ghoutta nahe Damaskus an einem Tag 200 Zivilist_innen durch das Regime getötet – am gleichen Tag, als die Pro-Regime-Milizen in Afrin eintrafen. Mittlerweile werden Gasangriffe und Brandmunition gemeldet. Letztere hat zum Ziel, Grossbrände auszulösen. In Ost-Ghoutta schlachtet das Regime mittlerwei-

scheinen... zumindest aus westlicher Sicht in der sicheren heimischen Stube. Syrien ist schon lange ein Gebiet ständig wechselnder Allianzen. Doch Fakt ist auch, dass trotz des Widerstands in Afrin die türkische Armee an Boden gewinnt und Afrin von allen anderen Mächten abseits Assad im Stich gelassen wurden – selbst von der verbündeten USA. Im Moment ist Assads Kooperation mit der SDF sinnvoll, da sich diese neutral verhalten und die Feindschaft zu DAESH und Türkischen Milizen gemeinsamer Nenner ist. Ausserdem teilt Afrin zwei grosse Gebiete auf, welche noch von der FSA gehalten werden. Momentan ist das syrische Regime noch zu schwach, als dass es auch noch in Konfrontation mit der SDF treten könnte. Denn jetzt schon kämpft es im Osten mit den Überbleibseln des IS und durch das Land hindurch mit den Milizen der Freien Syrischen Armee oder islamistischen Milizen. Ausserdem wird berichtet, dass das Regime es kaum schafft, selbst in ihren Territorien echte staatliche Macht aufrechtzuerhalten, geschweige denn von den Gebieten welche von den pro-Regime-Milizen gehalten werden.

Syria: Who controls what?



Die kurdischen Gebiete befinden sich im Norden Syriens. Im Nordwesten liegen die Gebiete um Kobane. Diese sind seit der Invasion Al-Babs (nordöstlich Aleppos) durch die Türkei von Afrin getrennt. Einzige Verbindung sind Gebiete, welche die YPG/YPJ/SDF dem Regime abgetreten haben und nördlich an Aleppo angrenzen. Afrin ist momentan fast vollständig umringt von der FSA. das Türkische Staatsgebiet befindet sich entlang der nördlichen Grenze Syriens. Das Regime versucht einerseits die Rebell_innen zurückzudrängen, andererseits die Überreste von DAESH zu besiegen, welcher sich nur noch um Abu Kamal verschanzt.

le also offen die Zivilbevölkerung ab, um diese einzuschüchtern.

Daher mag eine Kooperation mit Assad äusserst problematisch und verwerflich er-

halten, geschweige denn von den Gebieten welche von den pro-Regime-Milizen gehalten werden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in Syrien weiterentwickeln wird. Momentan ist jedoch klar, dass das Blutbad vorerst nicht beendet wird. Und schon gar nicht vom „demokratischen“ Westen. Denn dieser mischt in diesem Stellvertreter-Weltkrieg der Grossmächte auch mächtig mit. Umso wichtiger ist es, dass die westliche Linke sich auf unseren Strassen mit der demokratischen Bewegung in Syrien solidarisiert und die Kriegstreiber_innen in unseren eigenen Regierungen anprangert.

Kennen sie das? Sie nehmen die Versprechen des Kapitalismus ernst und versuchen die Karriereleiter aufzusteigen, aber schaffen es einfach nicht?

Das muss nicht mehr sein!


Nach langjähriger Rationalisierung präsentiert die Eidgenossenschaft AG:



Das wohlfahrtsstaatliche soziale Auffangnetz 2.0!!!!!!!

Das schlankere Design ohne Halterungsstangen verspricht einen noch längeren Fall mit intensiverem Bodenkontakt als vorher! Noch mehr Stigma für weniger Leistung (unsererseits)! Landen Sie härter auf dem Boden der Tatsachen und geniessen Sie den Fall auf den Grund der Gesellschaft. Schauen Sie dabei zu, wie der Staat sich einen Scheiss um sie rümmert und sich dann noch über Ihr „Schmarotzen“ beschwert.

Neu: Refugee in One ^{Bunker} Basic: Leben sie zusammengequetscht mit anderen Leidensgenoss_innen in einem unmenschlichen Bunker. Die neuen Bundeszentren[®] versprechen noch mehr Repression und Isolation mit minimalem Konfort. Maximale Verachtung für noch weniger Sozialhilfe!

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

wir (li)eben Kapitalismus

Und wenn sie heute noch bestellen, geben wir Ihnen gratis* dazu:



Damit auch Sie mal nach unten treten und abstrusen Ideen über ihre genetische Überlegenheit frönen können!

*Teilnehmer_innen von Refugee in One sind ausgeschlossen vom Angebot

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

di schwarzi chatz 

Zitung der Freien Arbeiter_innen Unions in der Schweiz

8 Stunden sind (mehr als) genug!

131 Jahre sind es her, dass in Chicago für den Achtstundentag gestreikt wurde. Heute sind wir wieder am Punkt gelangt, wo ohne Scheitern gestreikt werden kann: 8 Stunden sind (mehr als) genug!

In dieser Ausgabe

Nach Arbeit
die ständelnde Bestattung der Arbeiter_innenbewegung. 6

35% weniger Lohn! 35% weniger Lohn!
Arbeit von Frauen wird immer noch gross geschätzt. 8

Comedian Kampf
Überdickungssysteme können sich gegen die Arbeiter_innen wehren. 9

Ich meine Folgerungen vom Nihilismus
Sozialismus ist tot, verdammt! Folgt in neuen Verfassungen mit... 10

Jan 1. Mai - Rudolf Kasper
Kasper im April von 1. Mai von den 1920er Jahren. 11

Antiquarische Broschüre der Bewegung
Die 1911er Broschüre der Bewegung... 12

Rebellen
Rebellen... 13

Kultur
Kultur... 14

Rebellen
Rebellen... 15

abonnieren?

- Ich möchte di schwarzi Chatz abonnieren (ungefähr 6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Einsenden an:
di schwarzi Chatz
c/o FAU Bern
Postfach 2368
3001 Bern
oder:
zeitung@faubern.ch

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch

Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

12



Deine Rechte in der Gastronomie L-GAV 2017: Krankheit und Unfall

Wichtig: Wenn du wöchentlich **unter 8 Stunden** bei einem Betrieb arbeitest, bist du **nicht versichert** gegen Nicht-Berufsunfälle! Dann musst du Privat eine Unfallversicherung abschliessen.

Für ein Selbstverschulden bei Krankheit und Unfall braucht es eine sehr grobe Fahrlässigkeit (z.B. betrunken Autofahren). Sonst muss dein Chef zahlen!

Im Krankheitsfall kriegst du während maximal 60 Tagen¹ im Kalenderjahr 88% des Durchschnittslohns, danach kriegst du Krankentaggeld über 80% des Lohnes. Dies betrifft mehr die Arbeitgeber_innen, denn das Krankentaggeld ist nicht Sozialabgabepflichtig. Deshalb muss dir in den 60 Tagen, in denen der Betrieb selbst zahlt, sozusagen die Sozialabgaben von 8% vergütet werden.

Bei einem Unfall muss dir der Chef in den ersten 2 Tagen 88% des Lohnes bezahlen. Danach sind es 80% Falls du Unterstützungspflichtig bist, also gegenüber Ehegatt_innen oder (Stief- und Pflege-)Kindern, kriegst du 100% des Lohnes für die Dauer der Berner Skala.

Berner Skala

im 1. Jahr ²	→ 3 Wochen
im 2. Jahr	→ 1 Monat
im 3. und 4. Jahr	→ 2 Monate
im 5. bis 9. Jahr	→ 3 Monate
im 10. bis 14. Jahr	→ 4 Monate
im 15. bis 19. Jahr	→ 5 Monate
im 20. bis 25. Jahr	→ 6 Monate

¹ Die sogenannte Aufschubfrist wird zwischen deinen Chefs und der Versicherung ausgehandelt.

² Erst wenn der Vertrag länger als 3 Monate dauert, da du keinen Anspruch während der Probefrist hast.

Arztzeugnis

Ab dem vierten Tag brauchst du zwingend ein Arztzeugnis, je nach Versicherer_in kann dies jedoch schon ab dem 1. Tag verlangt werden. Ohne Arztzeugnis kann dir die Leistung verweigert werden, bzw. zurückverlangt werden.

Schwangerschaft: Wenn du Mutter wirst, kriegst du 98 Tage nach der Geburt 80% des Lohnes, davon werden noch die Sozialabgaben abgezogen. Ab dem Zeitpunkt, ab dem du vor der Geburt „krank“ geschrieben wirst, kriegst du Krankengeld bis zur Geburt selbst. Wenn du dann wieder arbeiten gehst, dann hast du im ersten Lebensjahr deines Kindes das Recht, dieses bezahlt (zwischen 30-90 Minuten) zu stillen oder Milch abzupumpen (siehe Dazu Arbeitsgesetz ARG Verordnung 1 Art. 60).

Auch die notfallmässige Pflege von Angehörigen („Unterstützungspflicht“) gilt als unverschuldete Verhinderung. Wenn zum Beispiel dein Kind schwer Krank wird, dann muss dich der Betrieb entschädigen. Auch die Ausübung eines öffentlichen Amtes muss entlohnt werden, wenn du keine andere Wahl hast (z.B. Stimmzählen bei Wahlen).

weitere Infos findest du auf:

<http://faubern.ch/index.php/gastro-nomie.html>



Kontakt

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch

Auflage: 250
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)